

SCHNÖGGERBURGER EXTRABLATT

UNABHÄNGIG - UNTERGRÜNDIG - UNBERECHENBAR
August 2012

Ein Camp in Letzlingen?!

In knapp 4 Wochen bauen Antimilitarist_innen in Letzlingen die ersten Zelte für ihr internationales Camp auf. 5 Tage wollen sie dort über Militarisierung der Gesellschaft und über Widerstandsperspektiven gegen das Üben kriegsrischer Einsätze, wie es im GÜZ praktiziert wird, diskutieren.

Mit dieser Zeitung wollen sich die Camper_innen vorstellen. Das heißt: zum Einen wollen wir zeigen, warum wir dieses Camp veranstalten wollen und was unsere Beweggründe sind. Einige Artikel informieren deshalb über die Themen, die wir kritisieren. Sie beschreiben wie eine Militarisierung der Gesellschaft aussieht und wie sich das Selbstverständnis des Militärs und seine Einsatzbereiche in Deutschland und weltweit verändert haben. Da unser Camp ein internationales sein wird, versuchen wir hier auch, die internationale Situation zu beschreiben.

Zum Anderen wollen wir zeigen, wie die Militarisierung vor Ort konkret aussieht. Was bedeutet das GÜZ für die die Colbitz-Letzlinger Heide, welche Rolle spielt der private Partner Rheinmetall in dieser Verbindung und was sind mögliche Alternativen zu einer
Fortsetzung Seite 2

Die erste U-Bahn in Sachsen-Anhalt - mitten in der Heide!

**Die Bundeswehr präsentiert:
Die unverblümete Wahrheit über das GÜZ**

Eine U-Bahn soll in Sachsen-Anhalt gebaut werden - inmitten der Colbitz-Letzlinger Heide in der Altmark. Der erste Spatenstich wird im Herbst gemacht. U-Bahnhof Schnöggersburg- ein alter Ort entsteht zu neuem Leben!

Drumherum wächst eine ganze Stadt: Wohn- und Freizeitanlagen, Gastronomie, sogar ein kleines Krankenhaus und ein Mehrgenerationen- Wohnviertel, Parkanlage, Industriegebiet, Bahnhof, das alles wird nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Vergessen Sie also die Argumente, die wir Ihnen nun seit 15 Jahren versucht haben, schmackhaft zu machen: die versprochenen Arbeits- und Ausbildungsplätze, den Ausbau der Infrastruktur, den sooft angepriesenen nachhaltigen Naturschutz durch unsere militärische Präsenz. Tatsächlich haben wir etwas anderes vor: in der Heide sollen Angriffe auf sozialen Bewegungen weltweit erprobt und trainiert werden. Hier trainieren wir Krieg, simulieren den Straßen- und Häuserkampf in nahen und fernen Städten der Welt. „Diese Stadt könnte überall auf der Welt stehen“ (Oberleutnant Matz, ehemaliger Leiter des GÜZ).

Fortsetzung Seite 2



militärischen Nutzung.
Schließlich wollen wir deutlich machen, wie die Militarisierung in der Colbitz-Letzlinger Heide eine Rolle für Kriege weltweit spielt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Ankündigung der Militärs, der auch international für Empörung gesorgt hat, die Stadt Schnöggersburg zu bauen, um Kriege und die Tötung von aufmüppigen Betroffenen der kapitalistischen Krisenerscheinungen im urbanen Raum zu üben.
Durch das Üben von internationalen Kriegseinsätzen vor Ort ist das GÜZ keine Sache mehr, die nur die Region betrifft. In viel stärkerem Masse betroffen sind z. B. Menschen in Afghanistan, die dort aufgrund der GÜZ-Aktivitäten sterben. Dass weltweite Protestbewegungen das GÜZ als einen zentralen Punkt ihres Protestes sehen, ist die logische Konsequenz der kriegerischen Aktivitäten des GÜZ.
Wir hoffen daher mit dieser Zeitung ein Verständnis und ein Interesse für das Camp zu schaffen und laden Sie alle ein, sich am Camp zu beteiligen. Wir hoffen, dass sich auch über die Dauer des Camps hinaus eine Zusammenarbeit und Vernetzung entwickelt, auf deren Basis unser gemeinsamer vielfältiger Widerstand gegen Krieg und Militarisierung und gerade auch gegen das GÜZ und seine Funktion sich verbreitern und weiter verstetigen lässt.
Denn in unseren Augen ist eine „entmilitarisierte Altmark“ sicher nicht die schlechteste aller Visionen....

Mit antimilitaristischen Grüßen
die Camper_innen

In den ländlichen Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte wurden von den Herrschenden weltweit großflächige homogene Gebiete mit Monokulturen kreierte durch tiefgreifende Ausbeutung, Mechanisierung und den Einsatz von Pestiziden. In den Städten geht es um die intensive Nutzung des Grund und Bodens, hohe Kapitaleinsätze für den Bau von enormen Hochhaustürmen und ausgedehnten Kommerzflächen. Die Reste der gemeinschaftlichen Güter werden privatisiert: Krankenhäuser, Altersversorgung, Wasser, Saatgut, Bildung und Wohnraum. Das kennen Sie ja von Deutschland: die Hartz-4-Gesetze, die neue Gesundheits- und Bildungsreform etc...

Sowie die Monokulturen, genmanipuliertes Saatgut, Abholzung der Wälder und die Vertreibung von Menschen das Leben in ländlichen Gegenden überflüssig machen und die Menschen zwingt in die Städte zu ziehen, wird in den Städten jeder menschliche Austausch in Geld verwandelt. Kaufen und Orte des Konsums bestimmen den Alltag und eine Welt des Kaufens kann keine Armen, keine Arbeitslosen und keine Flüchtlinge gebrauchen.

Sie können nicht konsumieren und steigern nur die Angst der Reichen, der Politiker und der Herrschenden. Um sie zu beruhigen sind wir da, denn die Städte wachsen und mit ihnen die Armutsviertel und die Überflüssigen.

Nur die Angst der Reichen, der Politiker_innen und der Herrschenden steigt. Und um sie zu beruhigen sind wir, die Militärs da. Denn die Städte wachsen und mit ihnen die Armutsviertel und die Überflüssigen. Denn wie Sie vielleicht schon gehört haben, gibt es überall auf dieser Welt neue Formen des Aufbegehrens im Kampf gegen die jeweilige Unterdrückung der Kapitalismusverwalter_innen und ihre Modernisierungsmaschinerien.

Diese Bewegungen entstehen von unten und fordern ein selbstbestimmtes Leben Gerechtigkeit und Würde. Es sind Kämpfe, die um die Organisation des alltäglichen Lebens gehen. Straßen und Plätze werden erobert, es finden gemeinsame Verweigerungen gegen machtpolitische Interessen statt. Es geht also um die Entwicklung selbstbestimmter kollektiver und Alltags- nützlicher Erfahrungen. Das Leben selbst ist die Politik. Immer mehr stärker kommen die Kampfansagen an die Herrschenden aus Armutsvierteln des Trikonts, wie z.B. aus Brasilien, Mexiko, Chile und Thailand. Aber auch direkt vor unserer Tür Griechenland, Großbritannien, Spanien oder erinnern Sie sich an die so genannten Aufstände in Nordafrika.

Aufgrund dieser Entwicklungen bauen wir jetzt unsere Kampfstadt „Schnöggersburg“ auf dem Gefechtsübungszentrum, um zu üben wie wir Kriege in Großstadtstrukturen effektiver Krieg führen können, um zu üben, wie wir die kommenden Unruhen in den Städten bändigen können.

V.i.S.d.P.:
Caroline Puls,
Schnöggersburger Weg 1,
39599 Uchtspringe

WER ODER WAS STEHT EIGENTLICH HINTER DEM NAMEN „SCHNÖGGERSBURG“?

Der Bau des so genannten urbanen Ballungsraums Schnöggersburg in nördlichen Teil des GÜZ stellt ein riesiges militärisches Prestigeprojekte der Bundeswehr dar.

Die *militärische Übungsstadt* wird die Größte und modernste Einrichtung dieser Art in Europa sein, in der bis zu 1500 Soldat_innen gleichzeitig ganz realitätsnah das Erobern und Töten – im Bundeswehrsprech „freundens-erzwingende und konfliktverhütende“ Operationen – im urbanen Raum üben sollen.

Wie bereits auf dem GÜZ wer-

den auch in der Kampfstadt ausländische Streitkräfte trainieren. Zudem geht die Bundeswehr davon aus, dass auch Kommandos der Bundespolizei, beispielsweise der Bundesgrenzschutz und Spezialeinsatzkommandos der Länderpolizei, dort trainieren werden.

Der Name der Stadt bezieht sich auf die *ehemalige Altmark-Waldarbeitersiedlung Schnöggersburg*, die dort einst gestanden hat und durch die Nazis in den dreißiger Jahren geräumt wurde. Nun wird er von der Bundeswehr für ihre militärische Hightech-

Kampfstadt wieder aufgegriffen und als „Offerte“ an die Anwohner_innen und Teil der militärischen Traditionspflege ausgegeben.

Neben dem Bau der Modellstadt wird auch der Luftraum über diesem Gebiet stärker in Anspruch genommen. TIGER-Kampf und NH90-Transporthubschrauber sowie Großfluggerät werden eingesetzt. Der neue Militärtransporter Airbus A400M werde bis zu zwanzig Mal im Jahr auf der *Landebahn im Norden von Schnöggersburg* starten und landen.



**WAR
STARTS
HERE.**

**KRIEG BEGINNT HIER
- Krieg markieren, blockieren, sabotieren!
- eine europaweite Kampagne**

Im Sommer letzten Jahres starteten Antimilitarist_Innen des Europäischen antimilitaristischen Netzwerks, das aus Organisationen und Initiativen aus 8 europäischen Ländern besteht, die Kampagne „WAR STARTS HERE“. Denn derzeit erleben wir die Normalisierung von Krieg als ganz alltägliches Mittel der Politik. Damit jedoch unsere Regierungen, die NATO oder die EU Kriege führen können, müssen wir - die Gesellschaften, in denen wir leben, und jedeR Einzelne - soweit auf diese Kriege eingestimmt werden, dass wir sie, wenn nicht gutheißen, so doch zumindest stillschweigend akzeptieren. Denn ohne unsere schweigende Zustimmung kann Krieg nicht geführt werden.

Hier setzt die Kampagne „WAR STARTS HERE“ an: Sie ruft dazu

auf, sich der herrschenden Kriegspolitik aktiv entgegenzustellen, indem wir deutlich machen: Krieg beginnt hier, und kann hier aufgehalten werden. Denn Kriege, die von den Ländern, in denen wir leben und in unserem Namen weit weg von uns geführt werden, finden nicht nur andernorts statt - vielmehr beginnt Krieg hier, in unserem Alltag, und findet direkt vor unseren Augen statt: überall dort nämlich, wo Krieg legitimiert, geplant, organisiert und koordiniert wird; wo für den Krieg geforscht, produziert, transportiert und wo das Kriegführen geübt wird; wo Krieg in Form von Werbeauftritten der Armeen an Schulen, im öffentlichen Raum und im Entertainment propagiert und verharmlost wird; wo durch Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren das Militär, von der

Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, mehr und mehr unseren Alltag durchdringt, um im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ das todbringende Geschäft zur Profitmaximierung und Herrschaftssicherung zu exportieren. Krieg beginnt hier, wo Soldatentum als ganz normaler Berufsstand angepriesen wird und nicht als das, was es ist: Als zerstörerisches, todbringendes und hochtechnisiertes Handwerk, das Lebensgrundlagen vernichtet und soziale Strukturen zerstört, und das das Leben von Zivilist_Innen per Bombenabwurf und Maschinengewehrsalve auf Basis von Befehl und Gehorsam vernichtet. Wenn aber Krieg hier beginnt, dann kann Krieg auch hier aufgehalten werden!

Deshalb ruft die Kampagne „WAR STARTS HERE“ dazu auf, sich dem Krieg überall dort,



wo er uns in unserem Alltag begegnet, in unterschiedlichsten Formen durch antimilitaristische Aktivitäten entgegenzustellen - sei

es bei Werbeaufträgen des Militärs an Schulen, auf Messen und in Arbeitsämtern, bei beteiligten Produktionsstätten, Unternehmen und Vertragspartnern, bei Transportmitteln, auf Wegstrecken und auf Truppenübungsplätzen. Überall dort, wo Krieg beginnt, lässt sich Krieg markieren, blockieren und sabotieren.

Den Auftakt zur Kampagne bildete im Sommer letzten Jahres ein 10-tägiges Camp im Norden Schwedens mit etwa 200 internationalen TeilnehmerInnen. Unter dem Motto „WAR STARTS HERE - let's stop it here!“ enterten AktivistInnen in einer Massenaktion den größten europäischen Militär-

übungsplatz NEAT (North European Aerospace Testrange) und markierten ihn so als einen der Eckpfeiler der internationalen Kriegsmaschine, dessen Existenz und Bedeutung bis dahin von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden waren.

Auch unser Camp am GÜZ stellt sich in den Kontext der europaweiten Kampagne „WAR STARTS HERE“, in deren Rahmen auch in Deutschland bereits zahlreiche Aktionen erfolgreich stattgefunden haben (Beispiele sind u.a. auf der homepage www.bundeswehrwegtreten.de dokumentiert).

Mit unserem Camp und im Anschluss an das Camp in Schweden wollen wir die Tradition antimilitaristischer Vernetzung, gegenseitiger Inspiration und vielfältiger Aktivitäten fortführen. Denn: Krieg beginnt hier und kann hier aufgehalten werden.

Was ist das GÜZ nochmal?

Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) befindet sich in Sachsen-Anhalt zwischen Magdeburg und Salzwedel. Bisher werden auf dem GÜZ Terrorismusbekämpfung, Riot Control und Boden-Gefechtsübungen in nachgebauten afghanischen und kosovarischen Dörfern und mit nachgestellten Szenen und Schauspieler_innen simuliert und trainiert.

Dieses Jahr soll auf einem 9 km² großen Gelände eine Stadt gebaut werden, um dort militärische Aufstandsbekämpfung zu trainieren. Für etwa 100 Mio. Euro wird diese Stadt mit ca. 500 Häusern, Wohngetthos,

Altstadtbezirken, Slums, Industriegebieten, Einkaufsmeilen, U-Bahntunneln etc. zum optimalen Training urbaner Kampfhandlungen der Aufstandsbekämpfung gebaut. Die militärische Begründung lautet: Konflikte spielen sich zukünftig in Städten ab und zwar weltweit.

Im GÜZ üben bisher offiziell alle Bundeswehr- und Kfor-Einheiten, die nach einem vierzehntägigen Training direkt zu Auslandseinsätzen nach Afghanistan oder in den Kosovo geschickt werden.

Die trainierenden Einheiten reisen mit ihren eigenen Großgeräten, ihrer eigenen Ausrüstung

und ihren eigenen Waffen an, die vor Ort mit einem Laser-Duellensimulator-System ausgestattet werden. Dadurch ist es möglich, dass über ein Rechenzentrum die Positionen und Treffer aller beteiligten Soldat_innen in Echtzeit ausgewertet werden, um interaktiv in den Übungsablauf eingreifen zu können. Zudem werden die Gefechtshandlungen zur nachträglichen Einsatzbesprechung aufgezeichnet.

Seit einiger Zeit steht das GÜZ als private Dienstleistung von Rheinmetall und Co den gesamten Natostaaten und Europaen Gendarmerie Forces zur Verfügung - auch Staaten außerhalb der Nato sind an dem Zentrum interessiert.

MILITARISIERUNG IN DEUTSCHLAND

Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet auch in Deutschland unaufhaltsam voran. Die neuen Regierungstechniken zielen also nicht mehr nur auf den öffentlichen Bereich des Lebens ab, sondern durchdringen alle sozialen Bereiche. So erhält das Militär Zugang zu allen Bereichen des zivilen Lebens. Mit Hilfe von Fachleuten, die von internationalen Finanziers unterstützt werden, (Nichtregierungsorganisationen, Sonderforschungsbereichen an den Unis, DHL und die Post, Kreisämtern) leiten sie unbemerkt die Militarisierung der Gesellschaften ein.

Militarisierung an den Unis

Die Bundeswehr und andere große Wirtschaftsunternehmen freuen sich über das neue Gesetz zur Drittmittelfinanzierung. Unis können nun nicht mehr frei forschen, sondern müssen sich Finanzmittel selbst organisieren. Die Bundeswehr kann sich so durch zivilmilitärische Forschungsprojekte in Universitäten einkaufen.

Militarisierung in den Kreisämtern

Seit 2007 wurden 441 sogenannte Verbindungskommandos in sämtlichen Regierungsbezirken, sowie Kreis- und kreisfreien Städten durch die Bundeswehr aufgebaut. Im Jahre 2009 leistete das Militär z.B. 16mal Amtshilfe, 8mal sanidiendienstliche Unterstützung, 7mal Unterstützung Dritter (z.B. Bereitstellung von ABC-Sprühpanzern mit Besatzung, Hubschraubern, Wärmebildgeräten, Soldat_innen für Lagerarbeiten, Transporte und Verpflegung für die Polizei u.a.). Die Großereignisse waren u.a. Katastropheneinsätze (also Sturm-Hochwasser-Waldbrände), aber auch G8, Nato-Gipfel, Kirchentage in Bremen und Love-Parade.

Zivil-militärische Zusammenarbeit

In Afghanistan haben CIMIC (zivil-militärische Zusammenarbeit) -Soldaten die Aufgabe, durch die Kommunikation mit der Bevölke-

rung, zivilen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Informationen zu beschaffen, die die Erstellung eines „zivilen Lagebildes“ für die Kommandoebene ermöglichen. Hauptzweck von CIMIC ist die »force protection«:

**Aufruf zur
Aktionswoche für militärfreie
Bildung und Forschung vom
24.-29. September 2012**
<http://antimilaktionswoche.wordpress.com/>

die Unterstützung der Truppe durch vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der lokalen Bevölkerung.

Zu diesen einsatzbegleitenden Maßnahmen der Streitkräfte können auch unmittelbare Hilfeleistungen an die Bevölkerung, zum Beispiel die Reparatur von Schulen oder Krankenhäusern gehören. Aus Sicht der Streitkräfte sind solche »hearts and minds«-Aktivitäten ein wichtiges Mittel, um die eigene Sicherheit zu erhöhen. Zivil-Militärische Zusammenarbeit ist keine Entwicklungshilfe, sondern Bestandteil der militärischen Operationsführung.

Public- Private Partnership

(Öffentlich-Private Partnerschaft) Mithilfe des Rahmenvertrags der Öffentlich-privaten Partnerschaft lassen sich Aufgabenfelder privatisieren, die nicht zu den militärischen Kernfähigkeiten gehören. (siehe Extratext: Rheinmetall)

Werbeoffensive

Im Jahr 2010 gab die Bundeswehr 27 Mio. für die „Nachwuchswerbung“ aus. Mit Postwurfsendungen und Adventure Games, wie dem geopolitischen Plan- und Rollenspiel POL&IS (Politik & in-

ternationale Sicherheit), in Arbeitsämtern, auf Messen, mit Girl's und Boy's Days usw.usf. In acht Bundesländern bestehen Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien, die den Zugang von Jugendoffizieren in die Klassenzimmer und zur Lehrerausbildung erleichtern. Diese „Experten für die politische Bildung“ gestalten dort den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben.

Kein Werben fürs Sterben!

Immer mehr Schulen verweigern die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. So hat z.B. die Schulkonferenz (Lehrer, Eltern und Schüler) der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach beschlossen, keine Besuche von Jugendoffizieren zuzulassen. Die Begründung lautete unter anderem: »Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege. Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden.«
(Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)



MILITARISCHE KONTROLLE (ITALIEN)

Zwei Beispiele für den Einsatz des Militärs im Inneren

Am 4. August 2008 ließ die italienische Regierung – mit Berlusconi an der Spitze –, unter dem Vorwand eines allgemeinen und punktuellen Notstands (aufgrund des Mülls in der Region Neapel) - 3.000 Soldat_innen in den Straßen einiger italienischer Städte ausschwärmen. Ein Drittel war bestimmt für Überwachungsaufgaben in „sensiblen Gebieten“ (wie die Botschaften und Konsulate der USA, Großbritanniens und Israels, Synagogen, unterschiedliche Institutionen, usw.), ein anderes Drittel wurde in die Abschiebeknäste geschickt (um dort die Polizist_innen zu ersetzen und zu Schließer_innen und Folterer_innen der dort eingeschlossenen Migrant_innen zu werden) und die restlichen 1.000 wurden in die Städte geschickt um dort in den Straßen zu patrouillieren.

„Dies ist keine Militarisierung der Städte“, verteidigte sich Innenminister Maroni, „nur eine Verbesserung der Kontrolle und der nächtlichen Präsenz in einigen Gefahrenzonen“.

Ein anderes Beispiel für die Durchdringung gesellschaftlicher Bereiche durch das Militär, die Militarisierung, stellen die Gesehnisse im Zentrum Italiens, genauer in der Stadt L'Aquila dar. Nach dem Erdbeben 2009 griff die Militärmaschinerie schnell ein, um die Besetzung eines Gebiets zu üben (in diesem Fall innerhalb der eigenen Staatsgrenzen) und vor allem, um Experimente der Ghettoisierung der Bevölkerung in verriegelten Flüchtlingslagern unter Anwendung ebenso scharfer wie absurder interner Reglementierungen in die Tat umzusetzen. Zum Beispiel, dass die Hände vor dem Essen unter der Aufsicht eines/r Angestellten des Roten Kreuzes desinfiziert werden müssen, dass es weder erlaubt ist zu kochen, das Internet

zu nutzen, Stimuli (Wein, Kaffee, Coca-Cola, Schokolade) zu konsumieren, noch sich zu treffen, um zu diskutieren.

Diese Vorgehensweise insgesamt zielt darauf ab, Personen einzusperren und zu demütigen. Sie werden gering geschätzt und ihnen wird jegliche Selbstbestimmung über ihr tägliches Leben genommen. Überall gibt es Leibesvisitationen, Checkpoints, Soldat_innen und Schläger_innen, die Zutritt zu den Lagern erhalten, die sonst ausschließlich den Bewohner_innen offen stehen. So sieht sie aus, die „Notwendigkeit“ bestimmte Zonen und Wohngebiete zu isolieren, und dieses Mal lässt der Staat nicht einmal die geliebten Journalist_innen zu!

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, Laborsklaiven aus Menschenleben zu erschaffen, die durch Naturgewalt und schlecht gebaute Häuser von gierigen Unternehmen in die Krallen des Staates gelangten. Dieselben Unternehmer_innen kamen dann zurück, um sich am Wiederaufbau zu bereichern.

Und während die Bewohner_innen von L'Aquila damit fortfahren ihre Verwandten zu beerdigen, ist es besser, dass sie vergessen zu protestieren: Wenn es verboten ist Flugblätter zu verteilen und der Zivilschutz die Essensversorgung für diejenigen unterbricht, die entscheiden in ihren eigenen Zelten oder Wohnwagen zu sein, wer kann sich vorstellen was passieren könnte, wenn innerhalb dieses Experiments eine_r den Kopf hebt, dem Feind in die Augen schaut und handelt?

Der Krieg ist überall, nicht mehr nur in einigen fernen Ländern. Und es geht nicht mehr nur gegen einige „Ausländer“.

Methoden und Taktik der Militarisierung

Um Kontrolle über die Städte zu erlangen reichen militärische Strategien, wie bloße Kampfhandlungen oder die Ausbildung lokaler Polizei und Sicherheitskräfte nicht mehr aus. Die neuen Sozialarchitekten haben begriffen, dass andere Bereiche mitgedacht werden müssen, die die Regierungsaufgaben und Zivilgesellschaft betreffen. Mit neuen Formen von Kontrolle, Disziplin, finanzielle Beihilfen, Kenntnissen über Alltagsleben und Konzepten der asymmetrischen Kriegsführung sollen Bevölkerungsgruppen, die sich wehren (wollen) in Schach gehalten werden.

Längst ist die Bundeswehr eine Armee die weltweit Angriffskriege führt, um den gewalttätigen Zugang zu Ressourcen und Rohstoffen zu sichern.

Es ist auch nichts Neues, dass die Unterdrückung der Frauen als Begründung für Interventionen benutzt wird. Sie sollte schon immer staatliche Gewalt legitimieren und militärische Intervention moralisch begründen. Militärische Mittel stehen ausser Frage, um den „humanitären Krieg“ zu führen, der Schlimmeres verhindert.

Das Militär hält endlich mit seinen Prinzipien von Hierarchie, Gehorsam und Befehl Einzug in den zivilen Alltag. Das ist der Nährboden von Faschismus. Die Zerstörung, Anpassung und Zurechtweisung ist nicht nur auf die globalen Peripherien ausgerichtet, sondern zielt auf den gesamten globalen Sozialprozess ab.

Seit dem 11. September 2001 existiert ein permanenter Ausnahmezustand. Nicht nur gegen „Gefahren von außen“, sondern insbesondere gegen die „Gefahren von innen“. Bei finanzielle Krisen oder Katastrophen, (z.B. in Argentinien, bei Hurrikan Katrina in New Orleans oder auch in französischen Banlieues) richten sich die staatlichen/ militärischen Massnahmen immer auch gegen die städtischen Armen, Migranten und Arbeitslosen.

URBAN OPERATIONS II

Deutschland fungiert als Führungsnation im Rahmen der NATO-Strategie zur Aufstandsbe-kämpfung in den urbanen Zentren der sogenannten Dritten Welt. Dies geht aus NATO-Dokumenten hervor. Integraler Bestandteil der deutschen Führungsrolle ist die Errichtung einer Manöver-Modellstadt auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Altmark bei Magdeburg. Hier sollen in Zukunft alle Formen des Häuserkampfes trainiert werden, einschließlich des Einsatzes unbemannter Flugsysteme und Bodenfahrzeuge.

Der NATO zufolge werden die Großstädte des globalen Südens an Zahl und Größe weiter zunehmen und zu „Brennpunkten sozialer Unruhen“ avancieren. Gefordert wird daher, Militäroperationen in urbanen Gebieten zum „Imperativ der NATO-Doktrin“ zu erheben. Insbesondere die Fähigkeiten zu „selektiven Zerstörungsmaßnahmen“ und zur „Abriegelung“ ganzer Stadtteile seien weiterzuentwickeln, heißt es. Von der Rüstungsindustrie wird erwartet, dass sie ihre Kompetenzen und Ressourcen konsequent für diese Ziele einsetzt.

Kommende Unruhen

Wie die Forschungsorganisation der NATO in ihrer Studie „Urban Operations in the Year 2020“ schreibt, geht sie davon aus, dass die Städte der sogenannten Dritten Welt aufgrund des Bevölkerungswachstums und der anhaltenden Landflucht an Zahl und Größe weiter zunehmen. Da die städtischen Infrastrukturen darauf jedoch nicht ausgelegt seien, müssten viele Menschen ein ärmliches Leben in Elendsquartieren fristen, heißt es weiter. Dies wiederum könne zu „sozialen Unru-

hen“, „Aufruhr“ und „sicherheitspolitischen Bedrohungen“ führen, erklären die NATO-Strategen - zumal städtische Ballungsräume aufgrund der dort konzentrierten Einrichtungen von Handel und Industrie „für terroristische Gruppen besonders attraktiv“ seien. Hieraus abgeleitet wird die Notwendigkeit militärischer Gewaltoperationen in den urbanen Zentren des globalen Südens; diese seien „unvermeidbar“. [1]

Das gesamte Konfliktspektrum

Dieser Einschätzung folgend fordern die NATO-Forscher, die Durchführung von „Urban Operations“, die das „gesamte Konfliktspektrum“ abdecken, zum „Imperativ der NATO-Doktrin“ zu erheben. Ausdruck dieses „neuen doktrinären Denkens“ ist das von ihnen in ihrer Studie präsentierte Konzept „USECT“. Die einzelnen Buchstaben bezeichnen fünf aufeinander folgende Phasen von Kampfhandlungen in städtischen Gebieten; U steht dabei für „Understand“, S für „Shape“, E für „Engage“, C für „Consolidate“ und T für „Transition“.

Wie die Militärs erklären, bestehe das übergeordnete Ziel der entsprechenden Gewaltmaßnahmen darin, sowohl eigene Verluste als auch „Kollateralschäden“ möglichst gering zu halten. Gelingen dies nicht, drohe die Gefahr, die Unterstützung der eigenen respektive fremder Bevölkerungen einzubüßen. [2]

Abriegeln und zerstören

In der ersten Phase („Understand“) soll nach den Vorstellungen der Planer mittels modernster Spionagetechnik und „menschlicher Quellen“ eine umfassen-

de Analyse der vorgefundenen Situation erarbeitet werden. Zu betrachten seien dabei nicht nur „potentielle Feinde“ wie „kriminelle Banden“, „Bürgerwehren“ oder „Aufständische“, sondern ebenso die Zivilbevölkerung und im Kriegsgebiet tätige Hilfsorganisationen samt der ihnen zur Verfügung stehenden Infrastruktur.

Die zweite Phase („Shape“) dient den Militärforschern zufolge dazu, auf dem städtischen Schlachtfeld „vorteilhafte Bedingungen“ für die NATO-Truppen herzustellen. Hierunter fallen sowohl die „gezielte Zerstörung“ und „Abriegelung“ von Rückzugsgebieten rebellischer Gruppen wie die Steuerung der lokalen und regionalen Massenmedien.

Die in der dritten Phase („Engage“) eingeleiteten Gewaltmaßnahmen haben sich nach dem Willen der Planer durch größte „Präzision“ auszuzeichnen und gegen die „Kommandozentralen“ des Feindes zu richten. Ziel sei es, antagonistische Kräfte von ihrer „Ressourcenbasis“ zu trennen sowie ihre „Moral“ und ihren „Kampfgeist“ zu „brechen“.

In den letzten beiden Phasen einer „Urban Operation“ („Consolidate“/„Transition“) sollen dann der militärisch erreichte Status Quo gesichert und die „Kontrolle“ über die besetzten Stadtgebiete an „lokale Autoritäten“ und „internationale Strafverfolgungsbehörden“ übergeben werden. [3]

Rüstungsbedarf

Um das USECT-Konzept erfolgreich in die Tat umsetzen zu können, fordern die Autoren der NATO-Studie die zielgerichtete Weiterentwicklung der hierfür

relevanten Rüstungsprojekte. Als „besondere Herausforderung“ gilt den Militärs dabei die „Lokalisierung“ von Kombattanten, die sich innerhalb von Gebäuden aufhalten.[4] Eine mögliche Lösung des Problems sehen sie im Einsatz unbemannter Systeme (Minidrohnen, fahrbare Roboter), die mit modernster Kommunikations- und Spionagetechnik ausgestattet sind. Eine entsprechende Entwicklung präsentierte erst unlängst ein am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) tätiger Wissenschaftler anlässlich einer von der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik veranstalteten „Urban Operations Conference“ (german-foreign-policy.com berichtete [5]). Bei der Abriegelung von Stadtvierteln und der „Lenkung“ missliebiger Bevölkerungsteile setzen die NATO-Planer nach eigener Aussage insbesondere auf „intelligente Barrieren und Zugangssysteme“ sowie den Einsatz „Nicht-letaler Waffen“ (NLW).[6] Auch auf diesen Gebieten sind zahlreiche deutsche Forschungseinrichtungen, namentlich mehrere Fraunhofer-Institute, aktiv - finanziert aus dem Bundeshaushalt für „zivile Sicherheitsforschung“ (german-foreign-policy.com berichtete [7]).

Fabelstadt mit Elendsviertel

Für zentral erachten die Autoren der NATO-Studie zudem ein zielgerichtetes Training der für „Urban Operations“ vorgesehenen Soldaten. Vorbildhaft erscheinen ihnen in diesem Zusammenhang die auch von der Bundeswehr veranstalteten „Three Block War“-Manöver, bei denen die Eskalation eines humanitären Hilfeinsatzes zur blutigen Auseinandersetzung in städtischem Gebiet durchgespielt wird (german-for-

eign-policy.com berichtete [8]). Erst kürzlich haben die deutschen Streitkräfte bekannt gegeben, dass sie auf dem Truppenübungsplatz Altmark bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) eine eigens für den Häuser- und Straßenkampf konzipierte Übungsstadt errichten werden. „Schnöggersburg“ - benannt nach einer 1936 von der Naziwehrmacht zwangsgeräumten Ortschaft - soll insgesamt 500 Gebäude erhalten, verteilt auf eine „Altstadt“, verschiedene Wohnviertel, ein Industriegebiet und ein Elendsquartier; vorgesehen sind außerdem ein U-Bahn-Tunnel, Kanalisations- und Kellerschächte sowie eine Stadtautobahn. Dem deutschen Militär zufolge handelt es sich bei „Schnöggersburg“ um eine „Fabelstadt, die sich in der ganzen Welt befinden könnte“. [9]

Deutschland als Führungsnation

Schon heute verfügt die Bundeswehr Presseberichten zufolge über das „modernste Übungszentrum Europas“ für Militäroperationen in städtischen Gebieten.[10] Es ist ebenfalls auf dem Truppenübungsplatz Altmark beheimatet und wird von der Rüstungsschmiede Rheinmetall betrieben. Wie der Konzern mitteilt, trainieren hier jährlich bis zu 25.000 NATO-Soldaten „in Verbänden bis zur Bataillonsstärke in einer Mischung aus realem Manöver und IT-gestützter Live-Simulation die Panzerabwehr, den Häuserkampf oder das Verhalten gegenüber einer aufgebrachten Menschenmenge“. „Herzstück“ des „Gefechtsübungs zentrums“ (GÜZ) ist laut Rheinmetall der „Duell-simulator“, der „Schuss und (...) Wirkung im Ziel per Laserimpuls und Laserecho“ darstellt. [11] Damit entspricht das GÜZ exakt den Forderungen der NATO nach

„mit Simulationssystemen kombinierten Trainingsgelegenheiten“. All dies trägt der Tatsache Rechnung, dass Deutschland im Rahmen der NATO-Arbeitsgruppe „Urban Operations“ die Funktion der „Führungsnation“ („lead nation“) übernommen hat. [12]

[1], [2], [3], [4] North Atlantic Treaty Organisation - Research and Technology Organisation: Urban Operations in the Year 2020. RTO Technical Report 71, Neuilly sur Seine 2003

[5] s. dazu Urban Operations

[6] North Atlantic Treaty Organisation - Research and Technology Organisation: Urban Operations in the Year 2020. RTO Technical Report 71, Neuilly sur Seine 2003

[7] s. dazu Abgestufte Aufstandsbekämpfung und Future Security

[8] s. dazu Three Block War

[9] Angriff in Schnöggersburg; www.mz-web.de 09.05.2012

[10] Bundeswehr baut Kampfstadt in der Heide; www.mdr.de 20.06.2012

[11] Rheinmetall Defence sorgt in der Altmark für reibungslosen Betrieb des Gefechtsübungs zentrum des Heeres; www.rheinmetall-defence.com September 2009

[12] North Atlantic Treaty Organisation - Research and Technology Organisation: Urban Operations in the Year 2020. RTO Technical Report 71, Neuilly sur Seine 2003

Urban Operations 13.10.2011 BERLIN (Eigener Bericht) - Eine militärpolitische Tagung in der deutschen Hauptstadt befasst sich mit der Aufstandsbekämpfung in den Großstädten der sogenannten Dritten Welt. Organisiert wird die für Anfang nächsten Jahres anberaumte „International Urban Operations Conference“ von der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), einer Lobbyorganisation der deutschen Rüstungsindustrie. Als Referenten vorgesehen sind neben Managern deutscher Waffenschmieden und...

Berlin/Bruxelles (Eigener Bericht)

German Foreign Policy-Newsletter 27.6.12

www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58358

PPP am Beispiel Rheinmetall



PPP, kurz für Private-Public-Partnership, ist der Fachbegriff für die Auslagerung von staatlichen und militärischen Aufgaben an private Unternehmen. Im Rahmen der Bundeswehr wurde eine solche Zusammenarbeit im Jahr 2000 durch den „Rahmenvertrag für Public-Private-Partnership“ geregelt, der inzwischen mehr als 400 private Unternehmen an die Bundeswehr bindet. Die Koordination dieser Kooperationen übernimmt größtenteils die 2000 gegründete Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb, eine Tochter des Bundesministerium für Verteidigung. Sie berät die Bundeswehr in allen Fragen der Privatisierung von zivilen Dienstleistungen und ihrer wirtschaftlichen Optimierung.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist die DHL, Tochterunternehmen der Deutschen Post, die auf großfor-

matigen Plakaten mit dem Abbild eines uniformierten Afghanistan-Kämpfers warben. Erklärtes Ziel der Plakatkampagne war es, „den Soldatenberuf in der Gesellschaft präsent zu machen“, heißt es bei der Deutschen Post, die extra einen eigenen „Konzernrepräsentanten Military Affairs Bundeswehr/NATO“ beschäftigt.

Innerhalb Deutschlands gilt das GÜZ als Vorzeigemodell für Projekte, die in Partnerschaft zwischen dem Staat und privaten Unternehmen betrieben werden. Der Partner ist hier seit 2008 Rheinmetall Defence und übernimmt tatsächlich fast sämtliche Dienstleistungen, die nicht zu den militärischen Kernaufgaben gehören. Das reicht von der Wartung der Panzer und der Sensoren des „Agdus“, über das Funktionieren der Simulationstechnik bis hin zum Nachschub an Material und Verpflegung. Rheinmetall Defence hat sich damit seit 2008, über eine sechsjährige Vertragslaufzeit, ein Umsatzvolumen von mehr als 100 Mio. Euro gesichert.

Betrachtet man Rheinmetall Defence genauer, muss man zunächst sagen, dass es sich um den zweitgrößten Rüstungshersteller in Deutschland handelt. In einem Land, das auf Platz drei der weltweiten Waffenexporte rangiert, macht das einen Umsatz von gut 2 Milliarden jährlich mit dem Rüstungsgeschäft. Um solche Zahlen zu erzielen, kann man bei der Kundschaft nicht allzu wählerisch

sein und so werden Waffen von Rheinmetall in die ganze Welt exportiert, von Russland bis in den mittleren Osten.

Die politische Kontrolle der Exporte ist dabei nicht besonders wirksam. Deutschland erlaubte in den letzten Jahren Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien in Höhe von 675 Mio. Euro, nach Bahrain in Höhe von 22 Mio. Euro, in den Jemen in Höhe von 12 Mio. Euro und nach Ägypten in Höhe von 268 Mio. Euro. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum deutsche Exporte im Umfang von 3,5 Milliarden Euro in die Länder im Nahen Osten und Nordafrika genehmigt. Mathias John, Rüstungsexperte von Amnesty International, äußerte sich hierzu folgendermaßen: „Diese Waffenlieferungen sind genehmigt worden, obwohl schon damals ein erhebliches Risiko bestand, daß damit Menschenrechtsverletzungen begangen werden.“

Ungeachtet dieser Nachrichten und dank der hervorragenden Verkaufsaussichten plant Rheinmetall auch in Zukunft den Markt im mittleren Osten verstärkt zu bedienen. Stolz wird auch von einem Großauftrag aus Russland berichtet, wo ein Truppenübungsplatz im Stile des GÜZ von Rheinmetall Defence errichtet werden soll.

Der Zweck der Privatisierung militärischer Aufgaben dient zum Einen natürlich der Senkung der Kosten von verstärkt anfallenden Auslandseinsätzen, die die Bun-





Friedensritt 2009 in der Colbitz-Letzlinger Heide
 „Im Krieg gewinnt immer nur der Tod“

..... und Konzerne wie Rheinmetall

deswehr eingeht um Ressourcen zu sichern und deutsche Interessen in fremden Ländern zu vertreten. Neben den Einsparungen beinhaltet dieses Vorgehen aber auch einen weiteren, für die Bundeswehr erfreulichen, Aspekt: Zivile Strukturen werden militarisiert. Auf der Homepage von Rheinmetall heißt es zum GÜZ: „Die enge Zusammenarbeit zwischen Militär und industriellem Betreiber erfordert

von den Rheinmetall Defence-Mitarbeitern viel Einfühlungsvermögen. Dabei hilft sicherlich, dass eine Reihe von

ihnen ehemalige Soldaten sind und diese Kompetenzen entsprechend einsetzen können.“

Die eingesetzten Soldaten, die als Multiplikatoren in den Unternehmen dienen sollen, führen zum einerseits dazu, dass militärische Strukturen in zivilen Unternehmen akzeptiert werden. Das Bild vom Militär und von SoldatInnen wird so zu einer Normalität in der zivilen Gesellschaft und führt zu einer höheren Akzeptanz für militärische Unternehmungen, Zwecke und schließlich auch das Kerngeschäft des Militärs: Den Krieg.

Andererseits werden Unternehmen durch das PPP in ihrem finanziellen Erfolg direkt an die Bundeswehr gebunden und werden damit zu direkten Profiteuren des Kriegs. Je höher der Bedarf an Waffen, je größer die Bundeswehr und je zahlreicher ihre Einsätze sind, desto mehr profitieren die Unternehmen davon. Ein Krieg, wie der in Afghanistan kann für die dortige Bevölkerung eine Katastrophe sein, für die hiesigen Unternehmen, die mit er Bundeswehr kooperieren ist er vor Allem eines: Die Möglichkeit eine Menge Geld zu verdienen. Dass daher kein Interesse am Ende des Kriegs und der Einsätze der Bundeswehr besteht, erscheint nur logisch.

Rheinmetall Defence ist auch hier ein perfektes Beispiel für die Militarisierung ziviler Unternehmen. Zwischen 2004 und 2008 stagnierten die Umsatzzahlen für zivile Produkte, während der Handel mit Rüstungsprodukten in diesen Jahren kontinuierlich um 500 Millionen Euro erhöht werden konnte.



„Mehr Soldaten, mehr Bomben und eine Ausweitung des Krieges werden gar nichts bringen. Macht schafft kein Recht, und Krieg schafft keinen Frieden.“

(Malalai Joya, Afghanistan)

1. September - Antikriegstag
 Weltweit kämpfen Frauen gegen Krieg und Unterdrückung

WARSTARTSHERE - CAMP

12.-17. SEPTEMBER 2012

DAS CAMP UND DIE PLATZSUCHE

Es gibt nicht wenige Gerüchte über uns. Gewaltbereite Linksradikale aus Berlin, Magdeburg und dem Wendland sollen wir sein, mit dabei möglicherweise staatlich bezahlte Lockspitzel, die den Unfrieden nach Letzlingen bringen, wie die AZ schon im Mai herausfand. Als gäbe es mit dem GÜZ nicht schon Unfriedlichkeit genug in der Region.

Nun die Propaganda wirkt. Als sich einige von uns auf der Suche nach einem geeigneten Campgelände in einer Gaststätte nach Besitzern von Brachflächen in Letzlingen erkundigte, machte schnell das Wort vom Terrorcamp die Runde. Aber eher mit lachendem Unterton. Wir haben durchaus den Eindruck, dass ganz viele Menschen in Letzlingen nicht auf die hohle Propaganda von Militärs und Politikern hereinfallen, derzufolge die Symbiose von GÜZ und Letzlinger Bevölkerung aufgrund finanzieller Zuschüsse und angeblicher Arbeitsplätze alternativlos sei.

Nun, einen Platz für das Camp gibt es zwar noch nicht, das Gerede über uns macht es für viele Menschen tatsächlich schwer, sich aus der Deckung zu trauen und uns eine Fläche anzubieten, aber es ist ja noch bis Anfang September Zeit, bis wir unsere Zelte in Letzlingen aufschlagen werden. Und weder wir noch andere sollten ein Interesse dran haben, dass dieses chaotisch abläuft und wir unsere Zelte auf dem Marktplatz errichten müssen, was bisher scheinbar



die einzige Alternative ist.

Wir sind da aber optimistisch, einen Alternativplatz zu finden. Schliesslich trafen wir schon manch Letzlinger_in, der/die uns viel Glück wünschte, bei Platzsuche und Camp und ohne eigentlich genau zu wissen, was wir konkret wollen, sich ein wenig darüber freute, dass da endlich Leute kommen, die der Vereinnahmung Letzlingens durch das Militär etwas entgegenzusetzen wollen.

Was aber wollen wir wirklich und wer sind wir überhaupt?

Wir sind eine bunt gemischte Gruppe von Antimilitarist_innen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, ein internationales Diskussions- und Aktions-Camp zu organisieren, das sich allgemein gegen jeden Krieg und die fortschreitende

Militarisierung der Politik und des Alltags positioniert. Im Speziellen richtet sich unser Camp gegen das in der südlichen Altmark angesiedelte GÜZ und dessen besondere Bedeutung für die aktuellen Kriege und Kriegsführungsstrategien der Bundesregierung und ihrer Verbündeten.

Mit dem Camp wollen wir deutlich machen, dass Krieg - Menschenverachtung, Gewalt, Verwüstung und Tod im Namen von Herrschaftssicherung und Profitmaximierung - nicht etwas ist, das weit weg von uns stattfindet und uns deshalb nichts angeht. Vielmehr wissen wir: Krieg beginnt hier, direkt vor unseren Augen - u.a. im GÜZ, wo das Töten von Menschen, das Zerstören von Lebensgrundlagen und sozialen Strukturen, fast täglich „unter realitätsnahen Bedingungen“ von



Soldat_innen simuliert und eingeübt wird, um anschließend in ganz realen Einsätzen gegen Menschen weltweit das Hier geübte in die Tat umsetzen. Wenn Krieg also hier beginnt, so werden wir dem Krieg auch hier etwas entgegensetzen. Deshalb unser Camp genau an diesem Ort.

Auf dem Camp werden Menschen aus unterschiedlichen Ländern und linken politischen Strömungen für sechs Tage zusammen ihre Zelte aufschlagen, um sich kennenzulernen, sich zu vernetzen und ihre Kämpfe zu bündeln. Es ist ein Raum für ein selbstbestimmtes und -organisiertes Miteinander, in den sich jede_r gleichermaßen einbringen kann/soll. Das Camp werden wir als einen Ort des Austauschs gestalten, an dem wir - aus möglichst vielen verschiedenen Perspektiven und politischen Spektren - über unsere Analysen der gegenwärtigen Situation und unsere Möglichkeiten diskutieren wollen, dem zunehmend kriegerischen Normalzustand unseren vielfältigen Widerstand entgegensetzen.

Dabei ist das Camp nicht nur ein Ort der gemeinsamen Diskussi-

on, sondern auch eine Chance, gemeinsam Erfahrungen zu sammeln und das Diskutierte auch in der Praxis umzusetzen: Wie Sie den Veröffentlichungen zum angekündigten Aktionstag am Samstag, dem 15. September, entnehmen können, haben wir es uns außerdem zum Ziel gesetzt, an diesem Tag den ganz normalen Kriegswahnsinn -wie er fast täglich im GÜZ praktiziert wird- zu unterbrechen.

Wir wissen, dass dies nur eine symbolische, weil (leider) vorübergehende Unterbrechung sein kann; dennoch halten wir es für wichtig, gemeinsam und mit vielen anderen ein Zeichen zu setzen: Krieg beginnt hier - und er ist hier aufzuhalten. Damit unser Camp gelingen und auch darüber hinaus eine positive Wirkung entfalten kann, ist uns der Kontakt zu und die Anbindung an Menschen in der Region, die unser Anliegen teilen, sehr wichtig.

Es freut uns, dass wir bereits im Vorfeld des Camps auf viel Interesse und die Hilfsbereitschaft von Menschen aus der Region gestoßen sind, die sich gegen das GÜZ und die hier geübten Kriege posi-

tionieren und unserem Vorhaben aufgeschlossen und wohlgesonnen gegenüberstehen.

Wir hoffen sehr, dass sich viele Menschen aus der Region an unserem Camp beteiligen werden, so daß sich auch über die Dauer des Camps hinaus eine Zusammenarbeit und Vernetzung entwickelt, auf deren Basis unser gemeinsamer vielfältiger Widerstand gegen Krieg, Militarisation und gerade auch gegen das GÜZ sich verbreitern und vertiefen läßt. Denn in unseren Augen ist eine „entmilitarisierte Altmark“ sicher nicht die schlechteste aller Visionen.

Mit antimilitaristischen Grüßen und der Hoffnung auf Begegnung, die Camper_innen im Internet unter: warstartshere-camp.org



WARSTARTSHERE - CAMP 12.-17. SEPTEMBER 2012

ABLAUFPLAN

Jeder Tag soll mit einem gemeinsamen Plenum* beginnen, an dem die verschiedenen Positionen, Wissensstände, Erfahrungen und Perspektiven zusammengetragen werden und mit einer großen vorbereiteten Diskussion enden. Im Laufe des Tages können wir im Plenum oder in kleineren Gruppen die Diskussion und den Austausch über die verschiedenen, von uns festgestellten Teilaspekte vertiefen. Alle sind eingeladen und aufgefordert, kurze Inputs für die verschiedenen Schwerpunkte vorzubereiten und im Plenum vorzustellen. Welche Erfahrungen habt ihr in Euren Kämpfen gemacht, was ist eure Analyse, Perspektive und eure Widerstandsstrategien?

(* zweisprachige Plena; weitere Sprachen in Flüsterecken)

PROGRAMM:

Mittwoch, 12. September:

Anreise und Aufbau

Abends: Vorstellung Gefechtsübungszentrum

Donnerstag, 13. September

8:00 Frühstück

9.00 - 9.30 Orga- Plenum

10.00 Plenum: Kämpfe gegen Militarisierung

Unter diesem Thema fassen wir die verschiedenen Ansätze antimilitaristischer und friedenspolitischer Praxen. Welche Ansätze, Kampagnen z.B. Krieg beginnt hier gibt es? Welche Erfahrungen wurden gemacht?

12:00 Mittagessen

14:00 Kleinere und größere Runden zum Thema

16:00 Diskussion: Perspektiven antimilitaristischen Widerstands und Praxis international gedacht.

Zu welchen Vorschlägen für antimilitaristische Strategien führen uns unsere Diskussionen?

18:00 Abendessen

19:00 Aktionstags-Plenum

Freitag, 14. September

8:00 Frühstück

9.00 - 9.30 Orga-Plenum

10.00 Plenum: Militarisierung

Hinter diesem Begriff verbergen sich vielfältige und weitreichende Bedeutungen: Nato-Kriege und Neokolonialismus, Zivil-militärische Normalität und Aufstandsbekämpfung. Welche Analysen gibt es zu den

Themen? Welche Konsequenzen haben sie für die

verschiedenen Lebensbereiche in den verschiedenen Ländern und Regionen?

12:00 Mittagessen

14:00 Kleinere und größere Runden zum Thema + Aktionsvorbereitung

16:00: Diskussion über Aufstandsbekämpfung

Um effektiven Widerstand aufzubauen, gilt es zu verstehen, womit wir es bei den „neuen? Kriegen zu tun haben. Was hat sich seit dem Kalten Krieg verändert? Wo unterscheiden sich unsere Analysen von denen der Militärs?

Finden wir es wichtig, ob hinter den asymmetrischen Bedrohungen, mit denen der Krieg gegen die Bevölkerung legitimiert wird, tatsächlich eine Bedrohung, ob hinter der Aufstandsbekämpfung wirklich ein Aufstand

steckt? Wie positionieren wir uns im laufenden Krieg? Was setzen wir der Freund-Feind-Logik entgegen, wenn wir trotz abgrundtiefer Verachtung des Krieges die Notwendigkeit sehen zu kämpfen? Wie kommt die Nato-Strategie der „Vernetzten Sicherheit“ weltweit zum Tragen? Wo greift ihre kybernetische Perspektive der Verwendung aller Teile der Gesellschaft für den Krieg? Unterscheiden sich die Taktiken je nach Zielgruppe? Macht Krieg alle gleich, oder ist er nur in letzter Instanz für alle gleich tödlich? Welche Rolle spielt Aufstandsbekämpfung dabei? Ist sie Einsatztaktik oder Leitmotiv des Regierens?

21 :00 Last Minute Plenum Aktionstag

Samstag, 15. September

Aktionstag

Sonntag, 16. September

8:00 Frühstück

9.00 - 9.30 Orga-Plenum

10:00 Diskussion: Grande Finale: Wie weiter?

12:00 Mittagessen

14:00 Parallel zum Grand Finale: Raum zur Vorstellung von Projekte und Kampagnen

20:00 Uhr: Party

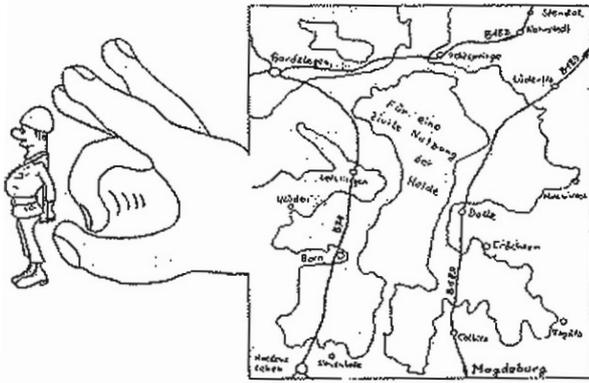
Montag,

17. September

Abbau und

Abreise





Die Argumente der Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“

Zur Geschichte der Colbitz-Letzlinger Heide

Schon seit 1935 war für die Menschen in der Umgebung der Heide der Zugang erschwert, weil im ehemaligen Jagdrevier des deutschen Kaisers die Heeresversuchsstelle Hillersleben eingerichtet wurde.

Seit 1945 übte die sowjetische Armee, so dass dieses Gebiet für Zivilisten vollständig unzugänglich war. 1991 beschloss der Landtag Sachsen-Anhalts die ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. Es entstand die Hoffnung auf einen Naturpark mit der Gründung des Fördervereins Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide e. V. und der Bildung des Zweckverbandes, der Träger des Naturparks werden sollte. Zunächst wurde eine so genannte Reifenlösung, eine Umrandung des Truppenübungsplatzes mit dem Naturpark favorisiert.

Das eigentliche Anliegen der Bürgerinitiative, die ausschließlich zivile Nutzung der Heide, ist noch nicht erreicht. 1993 beschloss der Bundestag die Weiterführung des Truppenübungsplatzes und im August 1994 besetzte die Bundeswehr das 23.000 ha große Kerngebiet. Der Aufbau des Gefechtsübungszentrums kostete bereits viele Millionen Euro.

Das Gefechtsübungszentrum Heer und unser Ungehorsam

Seit 2001 funktioniert das so

genannte Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ), ein Pilotprojekt im Herzen der Colbitz-Letzlinger Heide. Jährlich werden bis zu 15.000 Soldatinnen und Soldaten auf dem Gelände für Krieg und Kampfeinsätze geschult. Mit Laserstrahlen, Satellitennavigation und Computertechnik erfolgt die Gefechtssimulation. Europaweit ist dieses Gefechtsübungszentrum die modernste Anlage für Bodentruppen. Deshalb spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Angriffsarmee.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und das neue Weißbuch der Bundeswehr

Diese Neuorientierung der Bundeswehr dient der Vorbereitung von Angriffskriegen und stellt einen Straftatbestand nach dem Grundgesetz, dem Strafgesetzbuch und dem Völkerrecht dar.

„Ziviler Ungehorsam wird zur Pflicht, wo der Staat den Boden des Rechts verlässt.“ (Gandhi)

Nach dieser Erkenntnis haben einige Aktive seit 1994 gehandelt und die regionale Justiz und Behörden mit ihrem Widerstand beschäftigt.

Die Colbitz-Letzlinger Heide - 80 000 Hektar schutzwürdiger Kulturlandschaft im Norden Sachsen-Anhalts

Die Heide ist der größte unzerschnittene Raum und die größte nicht landwirtschaftlich genutzte



rechtfertigen nahezu unbegrenzte militärische Einsätze, um den Zugang zu lebenswichtigen und knapp werdenden Ressourcen der Erde für die modernen Industrienationen zu rauben.

Landfläche Mitteleuropas. Der Versiegelungs- und Bebauungsgrad ist minimal. Deshalb gibt es hier selten gewordene Biotope und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten.



Grundwassermessstelle auf dem GÜZ

Unter der Heide verbirgt sich ein Schatz, ca. 3,3 Milliarden m³ Wasser von fast idealer Reinheit. Das ist eine Wassermenge, die ungefähr dem 30-fachen Inhalt der Rappbode-Talsperre im Harz entspricht. Dieses Trinkwasser ist regionale Lebensquelle für über 600.000 Menschen.

Die jahrelangen intensiven Bemühungen um die Umsetzung des Naturparkkonzeptes blieben vergeblich. Der Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide sollte nach dem so genannten „Heidekompromiss“ zwischen Bund und Land ab 2006 zivil nutzbar werden. Dies lehnten die Landtagsabgeordneten von CDU, FDP und teilweise auch SPD in einer Abstimmung ab und verhinderten damit friedliche Arbeitsplätze.

„Gewalt ist die letzte Zuflucht des Unfähigen.“ (Isaac Asimov)

Arbeitsplatzargument kippt gegen die Bundeswehr

Auch das Arbeitsplatzargument, mit dem die Bundeswehr um Akzeptanz wirbt, ist nicht gerechtfertigt. 1.600 zivile und militärische „Arbeitsplätze“ versprach sie den protestierenden BürgerInnen und gewann dadurch sogar Sympathien. Soldaten, die kommen und gehen, sowie hoch bezahlte Technikspezialisten der Bundeswehr besetzen 90 % dieser unproduktiven Arbeitsplätze. Für die Einheimischen gibt es etwa 150 dauerhafte Jobs, häufig im Niedriglohnbereich. Ganz

verschwiegen wird dabei, dass eine naturverträgliche und touristische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide etwa 2600 Arbeitsplätze schaffen könnte. Das geht aus einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1995 hervor und wurde wissenschaftlich untermauert durch eine Arbeit von Rigbert Hamsch aus dem Jahr 1999.

So ist das Arbeitsplatzargument doppelt verlogen, denn unproduktive militärische Arbeitsplätze privatisieren Gewinne und vergesellschaften Verluste, so dass die Region wirtschaftlich ausblutet.

Wir wollen: Nach mehr als sieben Jahrzehnten militärischen Missbrauchs, dass die Colbitz-Letzlinger Heide ein Lernort für die Versöhnung mit der Natur und Frieden zwischen den Völkern wird.

An jedem ersten Sonntag im Monat gehen wir deshalb in die Colbitz-Letzlinger Heide.

Wir nehmen sie damit Stück für Stück symbolisch in Besitz und erfüllen sie mit friedlichem Leben.

Die Friedenswege beginnen in der Regel am ersten Sonntag des Monats um 14 Uhr mit wechselnden Treffpunkten in der Heideregion. Die Wanderungen beginnen mit einer öffentlichen Kundgebung und sind oft durch ein kleines Kulturprogramm gewürzt.

Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“
(www.offeneheide.de)



SCHNÖGGERSBURG **Bundeswehr als Angriffsarmee**

Die Bundeswehr dementierte die Pläne, mit dem Bau der Übungsstadt die Einsatzgebiete der deutschen Streitkräfte vermehrt in den urbanen Raum zu verlagern bzw. sich dort auf konkrete Einsatzszenarien vorzubereiten.

Der Parlamentarische Verteidigungsekretär Christian Schmidt gab aber bekannt, dass sich die Bundeswehr auf die zu erwartende Verstärkung auf Konfliktszenarien im bebauten Raum vorbereite, wobei dem GÜZ eine herausragende Rolle zukäme.

Vor dem Hintergrund des Aufbaus des Ballungszentrums Schnögersburg hat die Linksfraktion in Sachsen-Anhalt bei der Landesregierung eine große Anfrage gestellt.

Sie verlangt Aufklärung über die Auswirkungen der Übungsstadt auf Natur und Mensch, insbesondere die Umweltverträglichkeit in Bezug auf die Trinkwasserreserven der Colbitz-Letzlinger-Heide sowie die über Art der militärischen Nutzung und welche Gelder vom Bund an Sachsen-Anhalt gezahlt werden. Immerhin sollen die Kosten den Bau bei 100 Millionen Euro liegen.

Die Linke lehnt den Bau von Schnöggerburg ab. Sie bezweifelt die Vereinbarkeit des Ausbaus des GÜZ mit dem Heidekompromiss von 1997 bzw. 2004, worin eine militärische als auch die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide festgehalten wurde.

Am Samstag, den 15. September 2012 wird einen Aktionstag stattfinden.

An diesem Tag wollen wir mit mehreren Kundgebungen das Gelände des GÜZ umzingeln und öffentlich sichtbaren und wahrnehmbaren Protest artikulieren.

An diesem Tag ist unser Tag der offenen Tür im GÜZ!

ENTERN

– Übungsbetrieb unterbrechen

Viele Menschen werden an diesem Tag auf das Gelände des GÜZ gehen und die Realität von Übungsdörfern und militärischem Trainingsgerät selber in Augenschein nehmen. Die Vorgänge auf dem GÜZ dürfen nicht in der Verborgenheit hinter einem militärischen Vorhang von Verbotsschildern stattfinden. An diesem Tag ist unser Tag der offenen Tür im GÜZ! Nicht nur für Nachbar_innen, nein, für die gesamte Zivilgesellschaft. Es wird dazu aufgerufen, den Krieg, der hier beginnt, auch genau hier aufzuhalten. Lasst uns den Platz durchkreuzen und beleben! Ob als Demo, Groß- oder Kleingruppe; ob als Wander_innen, Pilzsammler_innen oder Waldarbeiter_innen; ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad – wenn die Aktivist_innen sich verteilen und von verschiedenen Startpunkten auf das Militärgelände eindringen, ist es schwer möglich, sie aufzuhalten. Die Bürger_innen-Initiative gegen das GÜZ „OFFENE HEIDE“ und die Musiker_innen der Aktionsgruppe „Lebenslaute“ haben bereits vorgemacht, dass und wie das gelingen kann.

LAHMLEGEN

– Der Weg ist Teil des Ziels

Wir gehen davon aus, dass an dem Aktionstag durch die Anwesenheit vieler Antimilitarist_innen kein Übungsbetrieb stattfinden kann und hoffen, dass dies auch für die restliche Zeit des Camps, davor und auch danach, so sein wird. Denn jeder Tag, an dem im GÜZ nicht geübt wird ist ein guter Tag. Wir wollen nicht nur eine Wanderung durch die schöne Heide machen, sondern dabei auch Spuren hinterlassen; für verschiedenste Gruppengrößen

und -neigungen bieten sich Aktionsmöglichkeiten. Überlegt euch vorher, wie ihr auf dem GÜZ mit euren Ideen und Mitteln am besten agieren könnt.

UMGESTALTEN

– Gemeinsam aktiv werden

Aktivist_innen werden ihre Spuren auf dem Gelände hinterlassen.

Geschäftes hingewiesen werden. Nachdem wir uns in der Weite der Steppe Sachsen-Anhalts sinnstiftend betätigt haben, wollen wir uns mit allen kleineren und größeren Gruppen an einem zentralen Ort auf dem Gelände wieder treffen und ihn gemeinsam markieren und umgestalten. Wo sich dieser Ort befindet, hängt

unter anderem davon ab, wo auf dem Gelände an diesem Tag geübt wird und wo wir es für sinnvoll halten.

Damit der Aktionstag ein Erfolg wird, braucht es eine breite Beteiligung und vielfältige Aktionsformen.

Unser Ziel an diesem Tag ist die Verhinderung des reibungslosen Manöverbetriebes. Hier trainiert das Militär, wie Menschen angegriffen, verletzt und getötet werden. An diesem Tag werden wir das mit unseren Aktionen besonnen und entschlossen stören. Wir wollen den Widerstand vor Ort stärken und in gegenseitigem Austausch weiterentwickeln. Auch wenn wir anschlussfähige Aktivitäten vorbereiten werden, ist das Gelingen maßgeblich von euren Ideen und selbstorganisierten Aktionen abhängig.

Kommt zu den Kundgebungen, organisiert selber welche oder denkt Euch bunte und kreative Aktionen für diesen Tag aus. Bringt Kompass, Wanderschuhe, geländegängige Fahrräder, Mopeds, Drachen und Alu-Decken mit. Die notwendigen letzten Infos, einige Materialien und Hilfestellungen zum Aktionstag gibt es dann ab Freitag auf dem Camp. Hier bieten wir auch ein Kurz-Training zum Umgang mit Kompass und Karte an.

Am Aktionstag wird es auch eine feministische Aktion geben. Genauere Infos folgen.

**Jeder Tag,
an dem im GÜZ nicht geübt wird,
ist ein guter Tag!**

**Aktionstag am 15. September 2012
gegen das GÜZ**



Transparente mit Parolen gegen Krieg und Militär, Gedenktafeln für Deserteur_innen und (zivilen) Opfern der Militäreinsätze, andere werden Bäume pflanzen und symbolische Aktionen durchführen. Gerade an diesem Ort wo konkret Kriegseinsätze geübt werden, sollen die Soldat_innen auf die Konsequenzen ihres blutigen